

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Seiten frei ins Haus monatlich 60.00 Mark. Bestellungen nehmen die Postämter und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erhältlich auch in den Fernsprech-Anschluß Nr. 33. Telegramme: Tageblatt Erzgebirge.

Abgabe des Tagesblattes durch die Postanstalten: Preis für den Abnehmer 60.00 Mark, ansonsten 65.00 Mark. Preis für den Abnehmer 60.00 Mark, ansonsten 65.00 Mark. Preis für den Abnehmer 60.00 Mark, ansonsten 65.00 Mark.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 210

Freitag, den 8. September 1922

17. Jahrgang

### Das Wichtigste vom Tage.

Die nächste Sitzung des sächsischen Landtages findet am 14. d. M. mittags 12 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. die zweite Beratung über die Regierungsvorlage über das Volksbegehren wegen Auflösung des Landtages mit den dazugehörigen Anträgen.

Der neue Reichsbankausweis zeigt eine neue Rekordsteigerung des Zahlungsmittel-Umlaufs.

Der Dollarkurs notierte heute vor mittag in Berlin mit 1375.

### Weitgehende belgische Forderungen.

#### Die Fortsetzung der deutsch-belgischen Verhandlungen.

Im Laufe des gestrigen Tages wurden in Berlin die Verhandlungen mit den Belgiern fortgesetzt. So leicht und einfach, wie von einigen Seiten verkündet worden war, gestalteten sich die Verhandlungen nicht. Gestern war nur noch davon die Rede, daß sie einen günstigen Verlauf zu nehmen scheinen. Es ist eine große Reihe einzelner Vorschläge zu beraten. Die Belgier sollen mit einigen recht weitgehenden Forderungen gekommen sein. Deutscherseits wird darauf Gewicht gelegt, daß die Lauffrist der Schatzwechsel verlängert wird und daß sich die Garantie nicht auf Einzelwechsel, sondern auf die Gesamtheit erstreckt.

Die Woff. Sig. schreibt: Gewiß ist, daß auf beiden Seiten nicht daran gedacht wird, lediglich Schatzwechsel für die beiden Raten vom 15. August und 15. September zu geben bzw. anzunehmen, sondern daß über die Gesamtverbindlichkeiten bis Ende 1922, d. h. also über die Gesamtsumme von 270 Millionen Goldmark, verhandelt wird. Von vornherein scheidet aus, daß diese Summe durch ein Depot aus dem Goldbestande der Reichsbank sichergestellt wird. Dazu hat sich die deutsche Regierung außerstande erklärt, und darauf besteht, wie aus Erklärungen Bismarcks geschlossen wird, auch die belgischen Unterhändler nicht. Wenn überhaupt eine Garantie der Reichsbank in Frage käme, könnte sie sich nur in den allerbestenfalls Grenzen halten. Es ist in bezug auf andere Möglichkeiten von einer Mitwirkung der englischen Finanzwelt die Rede gewesen, und man hat sich auf Londoner Gerüchte über Besprechungen Bergmanns bezogen. Nach den Andeutungen Bergmanns muß man annehmen, daß die englischen Banken vermutlich nicht ohne Zustimmung der englischen Regierung sich unter gewissen Voraussetzungen bereit finden werden, einen Teil der Schatzwechsel zu diskontieren, so daß sich jene Summe, welche die deutsche Regierung zu beschaffen hätte, vielleicht um ein Erhebliches verringern dürfte.

Die Berliner Verhandlungen sind ebenso wie die im Kreise der Reparationskommission nur vorbereitende Akte für die Brüsseler Finanzkonferenz, auf der das ganze Reparationsproblem neuerlich zur Diskussion gestellt werden soll. Nicht darauf kommt es an, für einige Wochen oder Monate die akutesten Schwierigkeiten hinwegzukommen, sondern darauf, die ganze Reparationsfrage von Grund aus umzugestalten. Es wird damit gerechnet, daß die Verhandlungen mindestens drei Tage in Anspruch nehmen werden.

#### Die Goldabgabe an Belgien.

Nach einer Meldung des Berliner Berichterstatters des Temps heißt es, die Frage der Goldabgabe an Belgien werde in zufriedenstellender Weise entschieden werden. Man hofft, sich auf eine Form einigen zu können, wonach Deutschland bei Einlösung von Schatzwechseln das Verfügungsrecht über die Golddeckung zurückerhalte.

### Im Zeichen des Stinnes-Vertrages.

#### Eine Entspannung zwischen Deutschland und Frankreich.

In einer Unterredung mit Marcel Gutin, die im Echo de Paris veröffentlicht wird, erklärte der Minister für die besetzten Gebiete, daß die diesjährige Anwendung des Abkommens Bismarck-Gillet in vollem Umfang zufriedenstellend sei. Bezüglich der Abtretung deutscher Kohlen, die Stinnes verlangt, erklärte der Minister, daß er den Standpunkt der französischen Regierung in dem Briefe an Dubsac festgelegt habe, worin er den Gedanken gut-

heiße, deutsche Kohle ab Grube an die Genossenschaft abzutreten, die sie ihrerseits wieder deutschen Lieferanten überlasse unter der strikten Bedingung, daß Deutschland quantitativ und qualitativ das Programm der Reparationen in vollem Umfang ausführt. Es sei übrigens selbstverständlich, daß derartige Besten nur nach vollkommener Befriedigung der eigenen französischen Bedürfnisse ins Auge gefaßt werden könnten. Der Minister betonte noch, daß es sich bei dem Vertrag nicht um ein Monopol bei einem der Abschließenden handelt.

Ueber die politische Bedeutung des Vertrages erklärte der Minister: Ich erwarte, daß Deutschland sich ans Werk macht. Es ist ganz sicher, wenn Stinnes und die deutschen Großindustriellen zu begreifen anfangen, daß es ebenso ihr Interesse wie das ihres Landes ist, endlich aus der Lage herauszukommen, welche die Rückzahlung der Reparationen schafft, daß daraus sich nur eine Entspannung zwischen den beiden Ländern ergeben wird, die für Frankreich wie für Deutschland nützlich ist. Denn was wollen wir? Wiederaufbau unserer Ruinen und Bezahlung unserer Forderungen, ohne welche die Franzosen und Frankreich nicht mehr auf die Beine kommen können. Niemand wird Frankreich den Vorwurf machen können, daß es Deutschland nicht alle Zahlungsmittel anbietet, deren Anwendung seine wirtschaftlichen Hilfsquellen ihm gestattet. In Deutschland liegt es, seinen guten Willen zu beweisen.

#### Warum der Stinnesvertrag geschlossen wurde.

Der Kammerausschuß zur Frage der Sachlieferungen erklärte sich von der Sachlage befriedigt. Hinsichtlich Artikel 4 des Stinnes-Vertrages, der die Kohlenlieferungen betrifft, wurde festgestellt, daß die Dubsac im Einvernehmen mit der französischen Regierung geschlossen hat. Dubsac selbst hat der Presse erklärt, die französische Regierung stimme dem Grundgedanken des Abkommens bei. Die Einwände, daß die Lieferungen eventuell der französischen Industrie schaden könnten, weist Dubsac zurück mit dem Bemerkung, daß, wenn Deutschland nur Barzahlungen leisten müßte, es gezwungen sei, fremde Devisen zu kaufen, die es sich nur durch Vermehrung seines Exports beschaffen könne, der dann zu furchtbaren Kämpfen gegen die französische Industrie und den französischen Export führen müßte. Man habe auch die sparsame Vermittlungsgebühr kritisiert, die den Deutschen zugestanden worden sei, aber — das betonte Dubsac — Stinnes habe keine Veranlassung, umsonst zu arbeiten. Wir haben ein Geschäft gemacht, und das ist alles, schloß er seine Ausführungen. — Die Pariser Blätter äußern sich über das Abkommen Dubsac-Stinnes in der Mehrzahl sehr günstig.

#### Widerstreben in den zerstörten Gebieten.

Der Temps meldet aus Lille: Die Gewerkschaften in den Wiederaufbaudepartements verharren in der Ablehnung der industriellen Baupläne Deutschlands in Nordfrankreich. Der Gewerkschaftsbund in den Wiederaufbaudepartements erklärt im Progres du Nord in Lille eine Gegenklärung in der die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Nordfrankreichs aufgefodert wird, die Durchführung der Baupläne des deutschen Kapitalismus unmöglich zu machen und zu verhindern. Es wird ein Bauplan entsprechend den Forderungen der Gewerkschaften verlangt.

#### Ein neues Zeitalter durch den Stinnesvertrag.

Paris schreibt über den Vertrag mit Stinnes, ein neues Zeitalter werde in der Anwendung des Versailler Vertrages durch ihn eingeleitet. Was an der Sache neu sei, sei der kaufmännische Vertrag, der von beiden Seiten frei abgeschlossen wurde mit Zustimmung der beiden Regierungen, aber ohne Eingreifen der beiden Staaten. Sowohl Deutschland wie Frankreich wären durchaus nicht geneigt gewesen, ein industrielles und kaufmännisches Unternehmen in diesem Umfang zu Ende zu führen. Wenn die Geschäftswelt, die Handels- und Industriewelt die Interessen der beiden Nationen in fester Weise mit Hilfe der Zeit miteinander verknüpft haben wird, dann wird die moralische Entschlossenheit dem folgen können. Geschäftsleute sind es, die über den Abgrund, welchen der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich geschaffen hat, die erste Brücke geworfen haben.

#### Die unberechtigte Teuerung.

#### Der Wucher als Schrittmacher der Zwangswirtschaft.

Im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages fand am Mittwoch eine große Debatte über die wirt-

schaftliche Lage Deutschlands und damit über die schweren Krankheitsercheinungen unseres wirtschaftlichen Lebens statt. Die Debatte wurde vom Reichswirtschaftsminister Schmidt mit einer erschütternden Schilderung der gegenwärtigen Zerrüttung des deutschen Wirtschaftslebens eingeleitet. Die Arbeitslosigkeit sei zwar so gering, wie kaum jemals zuvor; in einigen Berufen bestrehe sogar ein Mangel an Arbeitskräften, insbesondere im Bergbau, doch machen sich gleichzeitig drohende Krankheitsercheinungen bemerkbar. Industrie und Handel litten an Kapitalmangel. Der Großhandel und der Export litten darüber, keine Kalkulationen aufstellen zu können, weil sie in der Preisbestimmung der Willkür der Lieferanten überantwortet seien. Es mache sich eine immer mehr überhandnehmende Fakturierung in ausländischer Valuta breit, auch bei Waren, die nur aus inländischen Rohstoffen hergestellt werden. Alle diese Erscheinungen seien eine Folge des ungeheuren Marksturzes. Der Vorgang erinnere an Oesterreich, wo eine vollständige Zerrüttung der Währung eingetreten sei. Wenn jetzt auch Löhne und Gehälter in ausländischer Währung festgesetzt werden, so wäre das

#### ein Zustand fürchterlichster Art.

Dagegen mit einem Verbot, in fremder Währung abzuschließen und zu zahlen, würde wirkungslos bleiben. Wenn die Berechnung in fremder Währung, die Zahlung aber in deutscher Währung erfolgte, so würde die ganze Bevölkerung auf ein Sinken der Mark spekulieren. Der Reichswirtschaftsminister bewies dann, wie unberechtigt gewisse inländische Erzeugnisse in ihren Preisen mit dem Steigen der ausländischen Devisen mitsinken. So sei der Weizenpreis an der Berliner Börse am 30. Juni 1918 936 Mark gewesen, am 31. August 3200 Mark. Ebensovientig sei das Steigen der Preise für Kartoffeln, für Butter und Milch berechnet. Derselbe Erscheinung sei in der Industrie. Gießerarbeiten sei um das 32fache, andere Sorten um das 362fache erhöht, also

#### Aber den Stand des Dollars weit hinaus.

Dabei sei eine neue Steigerung wegen Erhöhung der Kohlenpreise in Aussicht. Der Nahrungsmittelpreis habe im Juni 14 Mark betragen, am 7. August 124 Mark, am 21. August 171 Mark, jetzt 295 Mark, ungefahr das 20fache des Friedenspreises, während der Baumwollpreis nur auf das Sechshundertfache bis Siebenhundertfache hinausgegangen sei. Er habe in seinem Ministerium den Auftrag gegeben, zu prüfen, ob gegen das Nahrungsmittelsyndikat nicht wegen Wuchers vorgegangen sei. Besonders eingehend beschäftigte sich der Minister mit der Gefahr der weiteren Verteuerung des Druckpapiers und der dadurch

#### verschärften Notlage der Zeitungen.

Der Kilopreis würde von 28 Mark auf etwa 84 Mark erhöht werden, dann würde ein Bogen Papier etwa 1,30 Mark kosten, der tägliche Bedarf von vier Bogen also über 5 Mark. Ein großer Teil der Zeitungen würde dann nicht mehr erscheinen können. Schon heute hätten viele Schichten der Bürger- und Arbeiterkreise die Zeitungen abbestellt. Die Lage werde noch dadurch verschlimmert, daß die Papierfabrikanten ihre Zahlungsbedingungen ganz wesentlich verschärft hätten. Angesichts dieser Mißstände dränge sich die Frage auf, ob der Minister nicht von der Befugnis des Befehls Gebrauch machen und im Interesse der Presse beim Druckpapier zum Teil oder vollständig

#### zur Zwangswirtschaft zurückkehren

solle. Die eigentliche Ursache für die Papierverteuerung seien die ungläublichen Holzpreise. Hier müsse vor allem eingegriffen werden. Der deutsche Außenhandel sei in den ersten sechs Monaten gegenüber 1914 sehr erheblich zurückgegangen. Hier müsse man vor allem die überflüssige Einfuhr droffeln. So hätten wir in diesen sechs Monaten für 2 1/2 Milliarden Tabak, 78 Millionen Zigarren und Zigaretten, 1,2 Milliarden Kaffee, 1,1 Milliarden Obst und Süßfrüchte, 242 Millionen Spirit, 272 Millionen Bier, 477 Millionen Weine, 18 Millionen Eier und 125 Millionen Fleischwaren eingeführt.

#### Die Entwicklung auf dem Kohlenmarkt

habe die schlimmsten Befürchtungen übertrifften. Gelänge es nicht, zu einer höheren Kohlenförderung zu kommen, so ständen wir, namentlich die Arbeiterschaft, vor ernstlichen Gefahren. Diese Uebelstände könnten nur gehoben werden, wenn wir im Bergbau zu größeren Leistungen kämen, sei es technisch, sei es durch größere Ueberflüssen. Die Kohlenlage sei für die ganze Wirtschaft verheerend, wenn in der Arbeiterschaft nicht mehr Verständnis Platz greife und die unvernünftige und unverständliche Agitation der Kommunisten nicht aufhöre. Zum Schluß betonte der Minister nochmals, daß Erfolge auf dem Gebiete der